

Winterthur und Zürich, 7. Dezember 1998

KR-Nr. 462/1998

POSTULAT von Chantal Galladé (SP, Winterthur), Anton Schaller (LdU, Zürich) und Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Koordination und Konzeption von Verbundlösungen für Lehrbetriebe

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie er Lehrbetriebe bei der Koordination und Konzeption von Verbundlösungen, respektive bei der Suche nach Verbundfirmen unterstützen kann.

Chantal Galladé
Anton Schaller
Willy Germann

Begründung:

Immer noch sind kurz- und langfristig wirksame Massnahmen zur Schaffung geeigneter Lehrstellen für Jugendliche notwendig. Es gibt viele Lehrbetriebe, welche zwar Interesse hätten, einen *Lehrling auszubilden, jedoch nicht alle Kriterien für die Ausbildung erfüllen. Die zunehmende Spezialisierung einzelner Branchen wird in Zukunft immer mehr solche Betriebe hervorbringen. Kleinere Firmen können zusammen Ausbildungsverbunde bilden. Diese Möglichkeit zur Schaffung neuer Lehrstellen ist sehr zukunftsweisend, ihr wird auch im Lehrstellenbeschluss II Rechnung getragen. Dabei kann es sich um zwei oder mehrere Betriebe derselben oder ähnlicher Branchen handeln, welche gemeinsam ausbilden. Die Verbundlösungen können der Situation angepasst, sehr unterschiedlich aussehen. Es bestehen diverse Möglichkeiten wie ein Kleinverbund mit einer Leitfirma, eine Ergänzungsausbildung mit Partnerbetrieb etc. Das Problem für die Firmen ist oft, einen geeigneten Verbundbetrieb zu finden. Im Rahmen des kantonalen Lehrstellenmarketings sind viele Firmen bekannt, welche bereit wären, eine Lehrstelle anzubieten, falls eine geeignete Verbundfirma ebenfalls mitmachen würde. Damit nun diese Verbundfirmen eine geeignete Verbundpartnerin finden, würde es Sinn machen, das ganze mindestens kantonal zu koordinieren, das heisst, dass alle potentiellen Verbundfirmen an einer zentralen Stelle, beispielsweise auf Internetseiten des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes gemeldet werden und dort auch abgefragt werden können. Dadurch fällt es leichter, eine geeignete Verbundfirma zu finden - wenn gewünscht auch über die Gemeindegrenze hinaus. Ein ungenutztes Potential neuer Lehrstellen könnte so mit wenig bürokratischem Aufwand erschlossen werden, was sicher im Interesse der Lehrfirmen, des Staates und der Jugendlichen ist.

* Unter der Bezeichnung "Lehrling" und "Lehrlinge" sind Personen beider Geschlechter zu verstehen. Dies entspricht dem "Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung", Bundeskanzlei Bern 1996